

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 9

Buchbesprechung: Hinweise auf Bücher

Autor: Zademach, Wieland / Spieler, Willy

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kathrin Hilber ist in ihrer Situationsanalyse darauf eingegangen, insbesondere auf die mit der *Globalisierung* der Finanz- und Warenmärkte entstandenen Probleme, auf den hohen Stellenwert, den die Informatik als Weltnetz erlangt hat, auf die gesellschaftliche Umschichtung, die immer neue, nicht vorbereitete Verlierergruppen hervorbringt, auf die demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Sozialpolitik, auf die zunehmende Individualisierung («das Ich als Ausgangspunkt und Ziel»). Begriffe wie Fortschritt werden neu hinterfragt und erhalten unter Einbezug negativer Auswirkungen eine andere Bedeutung.

Arbeit bleibt wichtig – um allen eine Perspektive zu ermöglichen

Dem Faktor Arbeit räumte die Referentin nach wie vor einen zentralen Stellenwert im menschlichen Leben und Zusammenleben ein. Die Arbeitsgesellschaft sei also nicht am Ende. Es gelte jedoch, *bezahlte und unbezahlte Arbeit* in ein besseres Verhältnis zu bringen, unter anderem durch *Arbeitszeitverkürzungen* und *sozialpolitische Massnahmen*. Es müssten Wege gesucht werden, die allen einen Platz in der Gesellschaft und eine Perspektive ermöglichen. Unbedingt zu verhindern sei, dass ein wachsender Bevölkerungsanteil in Angst und Unsicherheit leben müsse und wie eine Ware manipuliert werden könne. Sowohl Staat wie Gewerkschaften und Arbeitgeber seien hier gefordert.

Kathrin Hilber sprach sich auch für ein *garantiertes Mindesteinkommen* aus, für eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten mit klaren vertragspartnerschaftlichen Fixpunkten, für die Förderung der

Teilzeitarbeit, für intensive *Fortbildung*, für *betriebliche Übernahme sozialer Kosten bei Arbeitsplatzabbau*, etwa als Folge von Fusionen (Anwendung des Verursacherprinzips auch hier!), für mehr Gerechtigkeit im Steuerwesen, für Anpassung der Sozialversicherungen an die arbeitsmarktlichen Verhältnisse, für Ausbau der Sozialstatistik und für eine Öffnung der Schweiz gegenüber *Europa*, da viele Probleme nur übernational sinnvoll gelöst werden können. Was speziell die Arbeitswelt betrifft, zitierte die Referentin abschliessend den französischen Sozialphilosophen André Gorz: «Der Weg aus der Krise führt nur über Formen <flexibler, diskontinuierlicher und sich wandelnder Arbeitsverhältnisse>, die in Kombination mit Fortbildung, nichtberuflichen Tätigkeiten und Tätigkeiten für gemeinnützige Zwecke zu <neuen Formen von Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt> führen.»

Diskussion

Dem Referat folgte unter der Leitung von Nationalrätin *Pia Hollenstein* eine rege Diskussion. Ein wichtiger Punkt war die Sorge um die Wiederherstellung des *Primats der Politik* über die Wirtschaft, was auch übernationale Massnahmen erfordert. Beim «garantierten Mindesteinkommen» sollte nach Meinung der Referentin die Erwerbsarbeit zentral bleiben, um nicht unnötige Abhängigkeiten zu schaffen. Zur Sprache kamen überdies die notwendige *Demokratisierung der Wirtschaft* (was in letzter Zeit in den Hintergrund getreten sei) sowie die wichtige Rolle der Gewerkschaften im Kampf für eine menschlichere und gerechtere Gesellschaft.

Ferdi Troxler

Hinweise auf Bücher

Werner Schönig, Raphael L'Hoest (Hg.): *Sozialstaat wohin? Umbau, Abbau oder Ausbau der Sozialen Sicherung*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996, 216 Seiten, 39,80 DM.

Unübersichtlich ist sie geworden, die Diskussion um den Sozialstaat in Deutschland. Wohin wird er sich entwickeln? Ist er vom Abbau bedroht, ist sein Umbau unumgänglich oder ist er gar noch ausbaufähig? Kaum jemand blickt noch durch; zudem gewinnt man leicht den Eindruck, als bestimmten eher *Vernebelungstaktiken* die Diskussion als ernsthafte Strategien zur Lösung von elementaren Fragen am Ausgang dieses Jahrhunderts. Als *hilfreiche Orientierung* bietet sich da dieser Sammelband an. Ausgehend von der Überlegung, dass die kritische Begleitung der

sozialstaatlichen Entwicklung selbst Teil der gesellschaftlichen Kultur der BRD ist, versuchen die hier aufgenommenen Beiträge aus der Sicht der wissenschaftlichen Sozialpolitik sowie verschiedener Verbände und Sozialversicherungsträger die jeweiligen Argumentationslinien nachzuzeichnen wie auch die Kristallisationskerne der Diskussion zu verdeutlichen.

Gefordert ist der Sozialstaat in jedem Fall – teils eingefordert, teils herausgefordert. Akzeptiert man die Dualität von wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen – und hierin herrscht nahezu ausnahmslos Konsens –, so besteht die gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe in der Gleichrangigkeit von wirtschaftlichen und sozialen Zielen; die *Sozialordnung* ist also kein der Wirtschaft aufgezogener Hemmschuh, sondern integrierter

und gleichartiger *Bestandteil der Gesamtordnung*.

Wie aber ist es zu erklären, dass die *Soziale Marktwirtschaft* eben noch als das Erfolgsmodell für die osteuropäischen Reformstaaten präsentiert wurde und nun unvermittelt den Produktionsstandort Deutschland gefährden soll? Wenn also vom Umbau des Sozialstaates und nicht etwa vom Umbau des Wirtschaftsstaates gesprochen wird, liegt dann nicht geradezu ein *Etikettenschwindel* vor, indem die Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Sozialsystem dazu benützt wird, für Probleme der Gesamtordnung einseitig die Sozialsysteme verantwortlich zu machen? Ähnlich etwa bei der Behauptung, der Sozialstaat – und nicht die Arbeitslosigkeit – stelle die Solidargemeinschaft vor ernsthafte Finanzierungsprobleme?

Eine seriöse Diskussion über den Umbau des Sozialstaates muss das weite Feld abstecken, das zu bearbeiten ist. Mit einem hohen Grad an Systematisierung wird dies hier getan. Die Position einer «*marktorientierten Entstaatlichung*» kommt ebenso zur Darstellung wie die eines wie auch immer gearteten «*Bürgergeldes*» oder die einer «*bedarfsorientierten Grundsicherung*». Wie kann soziale Sicherung «zugunsten spezifischer Lebenslagen» ausgebaut werden – wo und wie kollidiert das «internationale Menschenrecht der sozialen Sicherung» mit dem internationalen Wettbewerb? Die Beiträge in diesem Band veranschaulichen, welches Spektrum an Situationsanalysen und Vorschlägen die Diskussion um den Sozialstaat heute umfasst.

Besonders aktuell und zukunftsträchtig im Hinblick auf die vor uns liegende Gemengelage sind die beiden abschliessenden Kapitel zum *globalen Markt* und die dabei zu beachtende *soziale Sicherung* der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie zur Bedeutung der sozialen Dimension des *europäischen Binnenmarktes*. Dabei zeigt sich dann auch, wo das Herz der Herausgeber schlägt, wenn sie abschliessend fordern, «für die weitere Entwicklung der sozialen Dimension sollte es auch auf europäischer Ebene möglich sein, «die Wirtschaftspolitik zu einer Synthese von Marktwirtschaft und sozialem Schutz, in der zweiten Phase von Sozialer Marktwirtschaft und gesellschaftlichem Fortschritt zu führen»». Dass hier zukunftsweisend ein Satz von *Alfred Müller-Armack* herangezogen wird, einem der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, den dieser 1973 unter dem Stichwort «Soziale Marktwirtschaft – 25 Jahre voraus» geprägt hat, zeigt wohl hinreichend, dass es um eine Aufgabe geht, die nicht ein für allemal gelöst werden kann, sondern immer von neuem nach zeitgemässen Antworten verlangt.

Wieland Zademach

Muriel Beck Kadima, Jean-Claude Huot: *Kirche und Asyl*. Legitimer Widerstand im Rechtsstaat? NZN Buchverlag / Institut für Sozialethik des SEK, Bern und Lausanne 1996. 100 Seiten, Fr. 20.–.

Mit der weiteren Verschärfung des Asylrechts dürfte die vorliegende, bereits vor zwei Jahren erschienene Broschüre ihre Aktualität noch vor sich haben. Versammelt sind hier Referate von einer Tagung der Schweizerischen Nationalkommission *Justitia et Pax* und der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) im Juni 1995. Eines dieser Referate durften die *Neuen Wege* bereits als Vorabdruck publizieren: den eindrücklichen Text «Kirchenasyl bedeutet Unterbrechung» von *Dorothee Wilhelm* (NW 1995, S. 342ff.). Die Autorin, inzwischen Mitglied unserer Redaktionskommission, sieht im Kirchenasyl vor allem ein prophetisches Zeichen, das die «Herrschaftslogik» in der «Festung Europa» unterbricht und an die Vision einer Welt erinnert, in der alle Platz haben.

Muriel Beck Kadima, Menschenrechtsbeauftragte des SEK, und *Jean Claude Huot*, Sekretär von *Justitia et Pax*, fassen zusammen, worum es beim Kirchenasyl geht, nämlich um «Widerstand im und für den Rechtsstaat». Wenn ein Gesetz wie die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht die Würde der menschlichen Person missachtet, wenn Asylbehörden durch Willkürentscheide die Grundprinzipien des Rechtsstaates verletzen, dann wird Widerstand zur Pflicht – um des Rechtsstaates willen. *Pierre Bühler* entwickelt «ethische Kriterien des Widerstandes». Dieser ist im Hinblick auf die Asylproblematik angesagt, «wenn jemand aus innerster Überzeugung zum Schluss kommt, dass Menschen in ihrem Leben, ihrer Freiheit und ihrer körperlichen wie seelischen Unversehrtheit bedroht sind». Auch nach dem Juristen *Ueli Friederich* will der moderne Rechtsstaat ein ethischer Staat sein. Gerade darum ist Widerstand legitim, wann immer dieser Staat von seiner eigenen Wertordnung abweicht.

Der «Anhang» erleichtert mit einer «*Checkliste*» die Entscheidung in der konkreten Unrechtssituation und dokumentiert nebst kirchlichen Widerstandsaktionen einen *Entscheid des Berner Regierungsrates* zur mahnenden Funktion des «Kirchenasyls» gegenüber staatlichen Behörden.

Willy Spieler